

LOBBYISTEN

Meilensammeln für die Umwelt

Einer der prominentesten Klimaschutzler der Bundesrepublik, der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH) Jürgen Resch, könnte wegen seines eigenen Reiseverhaltens schon bald unter erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten. Der Öko-Aktivist, der sich gern mit der Automobilindustrie anlegt und den Einsatz spritfressender Dienstwagen für Regierungsmitglieder anprangert, bevorzugt als Fortbewegungsmittel offenbar ein besonders umweltschädliches Transportmittel, das Flugzeug. Resch gehört seit gut zwei Jahren zu einem kleinen, erlauchten Kreis von knapp 3000 Lufthansa-Vielfliegern, dem sogenannten Hon-Circle. Wer die begehrte schwarze Karte besitzt, wird vor



Resch

PETER SCHINZLER

und nach dem Flug in exklusiven Topkunden-Lounges verwöhnt und auf Wunsch sogar in einem Porsche-Cayenne direkt zum Flugzeug gebracht. Voraussetzung ist allerdings, dass der Passagier innerhalb von zwei Jahren mindestens 600 000 Meilen gesammelt hat. Das schaffen in der Regel nur Vertriebsbeauftragte großer Konzerne oder

Unternehmensberater, die weltweit im Einsatz sind. Resch rechtfertigt seine rastlosen Flugeinsätze mit der Teilnahme an internationalen Klimakonferenzen und -projekten. Außerdem müsse er mehrmals pro Monat zwischen der DUH-Zentrale am Bodensee und dem Verbandsbüro in Berlin pendeln. Indirekt trägt Resch damit sogar zur Finanzierung der von ihm selbst zusammen mit Großunternehmen wie der Lufthansa initiierten Naturschutzvorhaben bei: Für jeden von ihm abgeflogenen Flugkilometer zahlt die DUH am Jahresende einen Umweltobolus in eine Projektkasse.

MINDESTLOHN

Arbeitgeber gehen auf Müntefering zu

Die Arbeitgeber schwenken in der Frage des Mindestlohns auf den Kurs von Arbeitsminister Franz Müntefering ein, der tariflich vereinbarte Verdienstgrenzen in einer ganzen Reihe von Branchen für allgemeinverbindlich erklären will. Wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien, „steht einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nichts im Wege“, so Reinhard Göhner,

Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). Voraussetzung sei, dass „es sich im Rahmen eines bundesweiten Mindestlohntarifvertrags um die untere Lohngruppe handelt, ein erheblicher Teil der nicht tarifgebundenen Arbeitnehmer unter diesem Lohn beschäftigt wird und die untere Lohngruppe keine überdurchschnittliche Lohnhöhe aufweist“. Zuvor hatte Müntefering öffentlich beklagt, die Arbeitgeber blockierten oft tarifliche Mindestlohnabsprachen. Anfang dieser Woche will die BDA die neue Linie auf einer Konferenz ihrer Verbandsgeschäftsführer in Berlin diskutieren.

Auch im CDU-Wirtschaftsflügel schwinden die Vorbehalte gegen Mindestlöhne. Derzeit sei hierzulande noch kein Dumpinglohnwettbewerb zu erkennen, weil Osteuropäern der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt noch weitgehend versperrt ist, so Unions-Wirtschaftssprecher Laurenz Meyer. „Sollte sich dies aber ändern, nachdem in Europa die volle Freizügigkeit herrscht, müssen wir über das Thema Mindestlohn neu nachdenken.“



JOSE GIBBAS

Gebäudereiniger im Reichstag